

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Seieritz, Marienau, den Müllengrund, Rübischappel und Tirschheim.



Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 10.— Mtl. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 30.— Mtl. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 50 Pf.

Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 1,50 Mtl. für auswärtige Besteller mit 1,75 Mtl. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 3,50 Mtl. für Auswärtige 4.— Mtl. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprechen Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 7.

Montag, den 9. Januar 1922

72. Jahrgang

Bekanntmachung

betreffend Einlieferung der für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 verwendeten Steuerkarten und Markenblätter.

— Secordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 21. Dezember 1921. —

Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, innerhalb des Monats Januar 1922 seine Steuerkarte und die losen Markenblätter, die für den in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 bezogenen Arbeitslohn zum Einkommen und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind, für ihn zuständigen Steuerbehörde (Gemeindebehörde) zu übergeben oder zu übersenden. An Stelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Einlieferung der Steuerkarten oder Markenblätter übernehmen. Die Einlieferung kann gemäß § 202 der Reichsabgabenordnung erzwungen werden.

Der Arbeitgeber hat durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen auf diese Verpflichtung hinzuweisen. Arbeitnehmer, deren Steuerkarten oder Markenblätter nicht eingeleistet sind, werden für das Rechnungsjahr 1921 zur Einkommensteuer veranlagt werden.

Hohenstein-Ernstthal, am 7. Januar 1922

Finanzamt.

Öffentliche Sitzung

des Gemeinderates zu Hohndorf (Bez. Chemnitz) am Donnerstag, den 12. Januar 1922, nachmittags 5 Uhr, im Zeichenstube der hiesigen Schule.

Tagesordnung:

1. Begrüßung sowie Einweisung der neu- bez. wiedergewählten Gemeinderatsmitglieder.
2. Wahl der Gemeindevorstände.
3. Wahl der Mitglieder des Verfassungsausschusses.
4. Stellungnahme zu dem bürgerlichen Wahlflugblatt.
5. V. Nachtrag zu dem Ortsgesetz, die Errichtung einer Freibank in Hohndorf (Bez. Chemnitz) betr.
6. Gesuch des Vereines Sächs. Laubstummelnheim Zwiskau um eine Beihilfe.
7. Unfallversicherung der Feuerwehrleute.
8. IV. Nachtrag zum Ortsstatut für den Hebammenbezirk Hohndorf (Bez. Chemnitz) — Rödlitz betr. Co. Welteser.

Hohndorf (Bez. Ch.), den 7. Januar 1922.

Der Vorsitzende.

Schuster, Gemeindevorstand.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Die internationale Wirtschaftskonferenz wird in der ersten Hälfte des März in Italien, wahrscheinlich in Genua, abgehalten werden. Amerika, das zur Teilnahme eingeladen, will annehmen, ebenso soll Russland eingeladen werden, letzteres unter den in der Resolution ausgesprochenen Bedingungen. Siehe auch den besonderen Artikel!

* In Cannes sollen Verhandlungen zwischen Lloyd George und Briand stattgefunden haben zur Herbeiführung eines Wirtschaftsbündnisses zwischen England und Frankreich. — Wenn das austräfe, dann wäre das französische Sehnen erfüllt.

* Die „Times“ melden aus Cannes: Der Ausgang der Konferenz auf einer mittleren Linie ist wahrscheinlich, doch ist die Androhung neuer Zwangsmaßnahmen an Deutschland nicht zu umgehen. — So, so!

* Aus Paris wird gemeldet: Der Ausschuss für die Frage der Kriegsbekämpfung trat gestern nachmittags im Quai d'Orsay zusammen und ernannte den französischen Justizminister Bonnevay zum Präsidenten.

* Die Flecktyphusepidemie in Russland und Polen breitet sich trotz allerhöchster Gegenmaßnahmen immer weiter aus. Die westlichen russischen Verwaltungsbezirke sind vollständig verheert. Die Krankheit hat sich bereits nach Warschau ausgebreitet.

Deutsches Reich.

Die Goldverpfändung.

Berlin. Im Anschluß an unsere Meldung über die beabsichtigte Verpfändung eines Teiles des deutschen Goldbestandes hören wir aus Finanzkreisen, daß laut den Vorbesprechungen Havenssteins in London das lombardierte deutsche Gold nach Deutschland zurückgeführt werden darf, falls das dafür gegebene Darlehen zurückgezahlt wird. Freilich ist eher zu vermuten, daß statt einer Zurückführung noch weitere Verpfändungen erfolgen. Entsprechende Abkommen sind auch mit der schwedischen und dänischen Reichsbank und mit der holländischen Bank, wenn auch in viel geringerem Umfange, getroffen worden. Letztere Bank soll sich bereit erklärt haben, Deutschland ein Darlehen bis 20 Millionen Gulden unter der Bedingung zu gewähren, daß mit diesem Gelde nur an Holland zu leistende Zahlungen gedeckt werden. Auch das russische Zarenreich hatte einst einen Teil seines Goldbestandes zu ähnlichen Zwecken im Auslande deponiert, nur ist der Unterschied, daß ein Vergleich zwischen dem russischen Papiergeldumlauf und der Golddeckung unmöglich war, während bei uns zurzeit auf 1 Milliarde Metallgeld 100 Milliarden Papiergeld kommen.

Antündigung einer Programmrede des Reichsfinanzministers.

Morgen Dienstag treten verabredungsgemäß die Steuerauschnitte des Reichstages wieder zusammen, um die zweiten Lesungen der einzelnen Gesetzesentwürfe vorzunehmen und möglichst bis zur nächsten Vollziehung des Reichstages am 18. Januar alle Vorarbeiten für das Plenum fertigzustellen. Wie verlautet, wird der Reichsfinanzminister Dr. Hermes die Ausschüßsitzung mit einer Programmrede über die Finanzlage und das Steuerprogramm eröffnen. Im Finanzministerium hegt man die Hoffnung, bis dahin eine Einigung der Parteien wenigstens in den Hauptfragen herbeigeführt zu haben. Zu diesem Zwecke hatte der Reichsfinanzminister gestern nachmittags eine Unterredung mit Vertretern der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei, nachdem er schon früher, wie gemeldet, ähnliche Besprechungen mit den Führern der Koalitionsparteien gehabt hat. Auf die Frage, wie sich die drei Rechtsparteien gegenüber einem Kompromiß in der Steuerfrage verhalten würden, wurde erwidert, die Fraktionen hätten keinen Anlaß, sich schon jetzt mit ihm zu beschäftigen, da noch gar nicht feststehe, wie das Kompromiß aussehen werde.

Schulden und Steuern.

Unter der Überschrift Schulden und Steuern schreibt Dr. Vorwärts u. a.: Der Beginn des neuen Jahres war für die Reichsfinanzen zugleich der Abschluß der ersten drei Viertel ihres Rechnungsjahres. Die Bilanz ist vernichtend. Vom 1. April bis Ende Dezember ist die schwebende Schuld des Reiches um 81,5 Milliarden auf fast 247 Milliarden Mark angewachsen. Der Vorwärts knüpft an diese bereits bekannte Feststellung die Forderung: Wenn ja, so ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, eine gründliche Sanierung der Reichsfinanzen anzubahnen. Mit bewunderungswürdiger Geduld hat das Proletariat zugehört, wie die ganze Last der wachsenden Staatsausgaben samt den Reparationszahlungen durch die Rotenpresse auf den Verbrauch abgewälzt worden ist. Wer klug ist, wird diese Geduld nicht der letzten entscheidenden Probe aussetzen wollen. Man täuscht sich nicht darüber, daß mit optimistischen Prophezeiungen nichts getan ist. Die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen, ob ein Kompromiß möglich ist. Jedenfalls werden 247 Milliarden schwebender Schulden nicht aus der Welt geschafft, indem man in frühlichem Ruhehandel an den Steuerjahren herumstreicht. Dazu wird es nötig sein, daß die bürgerlichen Parteien die Zugeständnisse machen, die allein zu einem Kompromiß führen können. Diese Zugeständnisse führen aber zu einer scharfen Erfassung des Sachbestandes, zur steuerlichen Heranziehung der Sachwerte. Der Vorwärts schließt: Wagen sie nicht diesen Schritt, so haben sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn die kommenden politischen Kämpfe an Schärfe und Erbitterung weit über das Maß hinausgehen, das mit den Interessen eines demokratischen Staates vereinbar ist.

Harriman in Berlin.

Herzill Harriman, der 31-jährige Sohn des amerikanischen Eisenbahnkönigs und Milliardärs, der heute trotz seiner Jugend nicht nur der Verwalter des väterlichen Erbes, sondern auch das Haupt der selbstgegründeten, heute größten Schiffsahrtsgesellschaft Americas, ist, weilte zwei Tage

lang in Berlin im Hotel Esplanade. Harriman jr. gehört durch den 1920 abgeschlossenen Interessen- und Kartellvertrag mit der Hamburg-Amerika-Linie zu den ersten Geschäftsfreunden, die Deutschland nach dem Kriege in Amerika gefunden hat. Seine engen Beziehungen zu Deutschland haben ihn denn auch diesmal über Holland hierher geführt. Harriman- und die Hapag haben gemeinsam vom Holländischen Lloyd vier Passagierdampfer, darunter zwei ganz neue Tonner, gekauft, die in den Dienst zwischen Hamburg und New York eingestellt werden. Harriman kam mit Generaldirektor Cuno von der Hapag und mit seiner Begleitung von Hamburg nach Berlin, wo er mit deutschen Wirtschaftsführern Konferenzen hatte, und ist nun wieder nach Hamburg zurückgereist.

Gefahren der Flüchtlings-Aufnahme.

Der Regierung ist zum Vorwurf gemacht worden, daß sie bei der Aufnahme der deutschstämmigen russischen Flüchtlinge eine zu große Zurückhaltung übe. Hierzu erklärt die Regierung, daß die Zurückhaltung sehr berechtigt sei, denn von einem Transporte von 171 solcher Flüchtlinge seien bereits 57 an Flecktyphus erkrankt gewesen. Auch von früheren Transporten in Höhe von ca. 250 Personen seien über die Hälfte an dieser Seuche erkrankt. Von diesen 250 Personen seien 36 gestorben. Auch ein Oberpfleger, der sich angeeckt hatte, sei der Krankheit erlegen.

Englands uneingeschränkter Konkurrenzneid.

Die englische Abteilung für Ueberseehandel teilt mit, daß der deutsche Wettbewerb in China sich außerordentlich fühlbar mache. Die Vorteile des niedrigen Marktstandes erlauben es den deutschen Handelsleuten, die Engländer vollkommen aus dem Felde zu schlagen; namentlich in Farb- und elektrischen Apparaten mache sich die Konkurrenz außerordentlich fühlbar. Es seien wieder zahlreiche deutsche Handelshäuser in China entstanden, allerdings nicht unter dem Namen der deutschen Weiser, sondern unter dem ihrer chinesischen Gesellschafter.

Erforschungen der Ursachen des Weltkrieges — und die „Times“.

Die höchst erfreuliche Tatsache, daß sich Angehörige von drei neutralen Staaten — Norwegen, Schweden und Holland — in Christiania vereinigt haben, um eine „Internationale nationale wissenschaftliche Kommission zum Zwecke der Erforschung der Ursachen des Weltkrieges“ zu bilden, wird von dem Haupt-Northcliffe-Blatt in herabziehender Weise berichtet. Der Sonderberichterstatter der „Times“ fabelt aus Christiania, es hätte sich eine Zahl von norwegischen Herren von ausgesprochen deutschfreundlicher Gesinnung mit einigen schwedischen und holländischen Herren zu genanntem Zwecke versammelt. Die Versammlung habe in der Nebelhalle stattgefunden, aber — „der Nebelausbruch steht natürlich ganz außerhalb der Vereinbarung“. — Von der ganzen norwegischen Presse wird gerade nur das „Tagblad“ angeführt. „Es kennzeichnet die ganze Sache gerechterweise als ein Stück schaler deutscher „Camouflage“ unter neutraler Maske und infolgedessen ohne jede Berechtigung, in der fraglichen Angelegenheit eine Entscheidung zu treffen.“ Daß es dem Hauptblatte des Mannes, der während des letzten Teiles des Krieges Chef der gewissenlosesten Propaganda war, welche die Welt je erlebt hat, äußerst peinlich ist, wenn jetzt von an Zahl immer wachsenden Stellen danach gestrebt wird, der Sache an die Wurzel zu gehen, ist gewiß natürlich. Die Wahrheit wird aber trotzdem ihren Weg finden. Es wird der „Times“ nichts nutzen, wenn sie nach dem bewährten Rezept ihres Herrn Chefs immer weiter verjagt. Lug und Trug einzuhammern, damit die Grund- des ganzen Verflawungs-systems unerschütterlich bleibt. — Wie statt sie schon want, beweisen die Bemühungen der ehrlichen Männer in Christiania.

Ausland.

Das japanische Parlament gegen die Washingtoner Beschlüsse.

Rotterdam. „Morning Post“ meldet aus Tokio: Der Heeresauschuß des japanischen Parlaments hat am 4. Jan. einstimmig gegen eine Beschränkung des japanischen Flottenbauprogramms durch die Washingtoner Konferenz protestiert. Es kam zu scharfen Angriffen auf die Haltung des Admirals Kato in Washington und gegen die Regierung, deren Vertreter in der Sitzung nicht anwesend waren.

st
all.
FFEE
en
Kunstspiel-
ches Billard. —
d Weine. □ □
Telefon 342.
Friedrich Richter.
Wirtsch. Verein.
Lichtenstein-C.
ächsten Montag, abends
Ihr
Meralversammlung
Seißem Rob.
Tagesordnung:
lung der Jahresrech-
Neuwahlen. Ver-
enes.
zahlreiches Erscheinen
D. S.
ehrling
stern bei gründlicher
usbildung gesucht.
Martin Götze
rmachermeister.
derlehrling
stern gesucht.
rmelker Rüd. Gesse
Markt 9.
Scheine
stelle dieses Blattes
Eltern für die zu
Aufmerksamkeit.
Gehalts i. E.
Tage seines
ührender Ge-
herzensguter
ler
Glauchau
legler
terbliebenen
erhause aus.

Lord Georges europäischer Aufbauplan.

Cannes, 8. Januar.

In der Freitag nachmittag stattgefundenen Sitzung nahm der Ausschuss der Konferenz folgende Resolution an:

Die auf der Konferenz vertretenen Mächte sind einstimmig der Ansicht, daß eine Wirtschafts- u. Finanzkonferenz zu Anfang März einberufen werden soll, zu welcher alle europäischen Mächte eingeladen werden sollen. Sie sind der Ansicht, daß eine derartige Konferenz einen wirklich wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas bedeutet. Sie sind ferner der Ansicht, daß die Premierminister jeder Nation womöglich persönlich der Konferenz beiwohnen sollen, damit den Anempfehlungen durch letztere so schnell wie möglich die Tat folgen kann.

Die alliierten Mächte sind der Meinung, daß die Wiederaufnahme des internationalen Handels in ganz Europa, sowie die Entwicklung der Quellen aller Nationen notwendig ist, um die Menge der im Wirtschaftsleben Tätigen zu vergrößern und die Leiden, welche die Bevölkerung Europas ausgeht, zu vermindern. Eine gemeinsame Anstrengung der Kräfte ist notwendig, um den europäischen Wirtschaftsplan die jetzt gelähmte Lebenskraft wiederzugeben. Diese Anstrengungen müssen die Beseitigung aller Hindernisse zum Gegenstand haben, welche den Handel hemmen. Sie müssen auf die Bewilligung von ausgedehnten

Kreditlinien an die schwächsten Länder

ausgedehnt werden, ebenso auf eine Zusammenarbeit aller zur Wiederherstellung des normalen Produktionslebens. Die alliierten Mächte sind der Ansicht, daß die unentbehrlichen Grundbedingungen in großen Linien die folgenden sind:

1. Die Nationen dürfen nicht das Recht in Anspruch nehmen, sich gegenseitig Grundbesitz aufzuerlegen, wonach sie Fragen des Besitzes, der Wirtschaftsregeln und der Regeln im Innern ihres Landes bestimmen wollen. Es ist jedem Lande das Recht zu lassen, das es in dieser Beziehung bevorzugt.

2. Auf jeden Fall darf ausländisches Kapital nicht dazu benutzt werden, einem Lande Hilfe zu leisten, außer wenn die auswärtigen Eigentümer dieses Kapitals die Gewähr haben, daß ihre Güter und Rechtsansprüche geschützt werden, und daß der Gewinn aus ihren Unternehmungen ihnen gesichert wird.

3. Jenes Gefühl der Sicherheit kann wiederhergestellt werden, wenn sich die Nationen, welche ausländische Kredite erhalten und wünschen, freiwillig folgende Verpflichtungen auf sich nehmen:

a. alle Schulden und öffentlichen Verpflichtungen anzuerkennen, welche von den Staaten, Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften eingegangen sind, und die Verpflichtung anzuerkennen, ausländische Interessen für Verluste und Schäden, welche ihnen aus der Tatsache der Konfiszierung ihres Eigentums erwachsen, zu entschädigen oder ihnen ihr Eigentum wiederherzustellen.

b. ein gezieltes juristisches System einzurichten, durch welches die unparteiische Ausführung aller Handels- und sonstigen Verträge sichergestellt wird.

4. Die Nationen müssen über bewußte Austauschmittel verfügen. Allgemein gesprochen, müssen bezüglich des Finanz- und Geldwesens Bedingungen bestehen, welche dem Handel genügende Sicherheit bieten.

5. Alle Nationen müssen sich verpflichten, von jeder Propaganda Abstand zu nehmen, welche die Ordnung und das politische System eines anderen Landes beeinträchtigt.

6. Alle Länder müssen die gemeinsame Verpflichtung auf sich nehmen, von jedem Angriff auf einen Nachbarn abzulehnen.

Wenn zu diesem Zwecke die für die Entwicklung des Handels mit Rußland notwendigen Bedingungen gesichert sind und die russische Regierung ihre offizielle Anerkennung fordert, können die alliierten Mächte diese Anerkennung nur dann aussprechen, wenn die russische Regierung die vorgenannten Verpflichtungen annimmt.

Lord George kam hierauf kurz auf die

Fragen der Armenier

wegen der Massakres in Kleinasien zu sprechen und sagte: Diese Tatsache verhindert gewisse Regierungen nicht, ein Abkommen mit dem Volke zu schließen, welches für diese Gemegel verantwortlich ist. Es ist unmöglich, die Russen zurückzuweisen unter dem Vorwande, daß ihre Hände mit dem Blut Anschuldiger bedeckt seien und die Türken aufzunehmen, denen ähnliche Missetaten vorgeworfen werden. Um die Welt wiederherzustellen, gebe es nur ein wirkliches Mittel, das sei der Frieden. Lord George erklärte, er schlage die Einberufung einer Konferenz vor, auf welcher

alle europäischen Länder

vertreten sein würden. Deren Aufgabe würde es sein, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas zu fördern.

Hierauf ergriff der

Vertreter Italiens

das Wort. Bonomi erklärte, er sei für die vorgeschlagene Einberufung einer Wirtschaftskonferenz. Die Mächte Mittel- und Osteuropas dürften nicht länger auf wirtschaftlichem Gebiete getrennt von der übrigen Welt bleiben. Rußland gegenüber habe Italien keinerlei Bedenken gegen die Anerkennung der gegenwärtigen Regierung.

Nach Bonomi ergriff der

belgische Ministerpräsident Thoms

das Wort und sagte, Belgien stimme der von Lord George vorgeschlagenen Resolution zu, wünsche aber, daß die einzelnen Bestimmungen sorgfältig geprüft würden. Belgien sei an der Wiederherstellung Europas ebenso oder noch mehr als jede andere Nation interessiert. Die finanzielle Lage Belgiens werde sich erst an dem Tage bessern, an welchem der Stand der Wirtschaft in ganz Europa wieder normal ist.

Der

japanische Delegierte Ishii

sagte, er nehme davon Abstand, seine Ansicht über die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz auszusprechen, an welcher nur die europäischen Mächte teilnehmen sollen, in dessen werde er später einige detaillierte Bemerkungen bezüglich der Anerkennung der Sowjetregierung machen.

Als letzter ergriff

Briand

das Wort und erklärte, er wolle im Augenblick nichts sagen, was von den Vorrednern über die Reparationsfrage gesagt wurde. Wenn der Sonderausschuß und die Sachverständigen ihre Berichte fertiggestellt hätten und eine zweitmäßige Besprechung möglich gemacht sei, werde er die allgemeine Auffassung der französischen Delegation zum Ausdruck bringen. Jetzt werde er sich darauf beschränken, die Frage der internationalen Wirtschaftskonferenz zu prüfen. Er stimme deshalb grundsätzlich und vollkommen dem Vorschlage des englischen Premierministers zu, allerdings unter dem

Vorbehalt

daß die Einzelheiten einer näheren Prüfung unterzogen würden. In dieser Angelegenheit sind wir der Meinung, daß man sich nicht von sentimentalischen Erwägungen leiten lassen soll. Die ersten Interessen der Gegenwart dürfen nicht einem Vorurteil geopfert werden. In dem Augenblick, wo Lord George keine Ansicht über diese Frage entwickelte, habe er das Gefühl gehabt, daß ein riesiger Stein in seinen Garten gefallen sei, der aber kein Beet zerstört habe. Indem wir die Initiative zu einem so ausgedehnten Unternehmen wie die Wiederherstellung Europas auf uns nehmen, sagte Briand, nehmen wir eine schwere Verantwortung auf uns und erwidern wir in den Stillen Hoffnungen, welche nicht ohne Gefahr enttäuscht werden dürfen. Wir müssen Erfolg haben. Zu diesem Zweck müssen wir alle Dispositionen und alle wünschenswerten Vorsichtsmaßnahmen treffen. Deshalb muß die Fühlungnahme mit Rußland von Garantien begleitet sein, welche bereits einer meiner Vorredner gefordert hat; andernfalls würden wir Gefahr laufen, zum Narren gehalten zu werden. Briand erklärte, er müsse bestätigen, daß die von Lord George vorgeschlagenen Maßnahmen geeignet seien.

Frankreich zu befriedigen;

er wünsche lediglich, daß sie am Nachmittag im einzelnen geprüft und bezüglich gewisser Punkte verbessert und nach erfolgter Diskussion ergänzt werden. Unter diesem Vorbehalt stimme die französische Delegation dem Vorschlage des britischen Premierministers zu.

Nach der Rede Briands wurde die Debatte geschlossen. Der Vorschlag Lord Georges wurde im Grundsatz angenommen und entsprechend dem von Briand ausgesprochenen Wunsch die Prüfung der Modalitäten und Garantien auf die Nachmittagsitzung verschoben.

Eine Einladung nach Paris.

Berlin, 8. Januar. Heute vormittag 11 Uhr wurde dem Reichskanzler als Minister des Auswärtigen durch die französische Botschaft folgendes Telegramm zur Kenntnis gebracht, das der Präsident des Obersten Rates an die französische Botschaft in Berlin zur Übermittlung an die deutsche Reichsregierung überliefert hat:

Der Oberste Rat wird ohne Zweifel das Bedürfnis haben, Ihre Vertreter in der nächsten Woche (vom 8. bis 15. Januar) zu hören. Um Zeit zu gewinnen, regen wir an, daß Ihre Vertreter sich nach Paris begeben und sich dort bereithalten, um unserm Rufe zu folgen. (gez.) Briand.

In einer engeren Besprechung, welche heute vormittag in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattfand und bei der die Vertreter der beteiligten Ressorts und Dr. Rathenau anwesend waren, wurde der Stand der Reparationsverhandlungen erörtert. Ueber die Entsendung der vom Obersten Rat nach Paris gebeten deutschen Vertretung wird eine auf heute nachmittag 5 Uhr einberufene Kabinettsitzung beschließen.

Cannes, 8. Januar. In sehr gut unterrichteten Kreisen behauptet sich das Gerücht, daß England auf die ihm aus den Zahlungen Deutschlands für das Jahr 1922 zulebenden 450 Millionen Goldmark verzichtet, ohne das Frankreich auf irgend eines seiner Rechte zu verzichten brauche.

Noch höhere Goldzahlungen gefordert.

Cannes, 8. Januar. In der Reparationsfrage wird getrennt verhandelt. Die alliierten Minister und die Sachverständigen beraten in gesonderten Sitzungen. Die Sachverständigen studieren in der Hauptsache die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Die belgischen Delegierten, unterstützt von ihren französischen Kollegen, sind tatsächlich der Ansicht, Deutschland könne im Jahre 1922 eine größere Summe als 500 Millionen Goldmark, wie in London vorgesehen, bezahlen. Sie hätten darauf bezügliche Dokumente vorgelegt und seien der Ansicht, daß das Deutsche Reich in diesem Jahre wenigstens 300 Millionen mehr in Gold bezahlen könne. — So, so!

Belgien stellt Bedingungen.

Paris, 8. Januar. Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet aus Cannes, daß die belgische Regierung grundsätzlich ihre Zustimmung zu dem französisch-englischen Abkommen vom 22. Dezember über die Reparationen erklärt habe. Sie habe verlangt, daß die deutschen Zahlungen etwas höher würden, nach einigen Gerüchten bis zu 1 Milliarde, und daß der Anteil der anderen Länder herabgesetzt werde. Aber Italien erhebe Einwendungen und verlange, daß der Wert der Staatsgüter in den Gebieten, welche annektiert worden sind, in Anrechnung kommen solle. Das beziehe sich auf die Kohlengruben des Saargebietes. Was die Kohlen betreffe, so werde die Besserung der von Deutschland zu leistenden Lieferungen nach dem deutschen Inlandspreis erfolgen.

Die steuerliche Belastung in Deutschland und bei der Entente.

Angeichts der Unmöglichkeit für Deutschland, die im ersten Vierteljahr 1922 fälligen Reparationszahlungen aufzubringen, hat die Entente es für notwendig befunden, zu verstärktem Maße auf die Bereitstellung von Mitteln für diese Zahlungen zu drängen, ganz besonders wurde darauf hingewiesen, daß zur Leistung der Reparationszahlungen die Steuern in Deutschland noch weiter erhöht werden müßten. In diesem Zusammenhange ist es interessant, einmal die Steuerbelastung in Deutschland und den Ländern der Entente miteinander zu vergleichen.

Das Reichsfinanzministerium hat als Material bei der Einbringung der neuen Steuergeheimverträge im Reichstage eine Anzahl von Zusammenstellungen hierfür vorgelegt. Aus diesen geht u. a. hervor, daß das Einkommen in Deutschland überall weit höher belastet ist als in Frankreich. So beträgt z. B. für einen unverheirateten, über 30 Jahre alten Lohn- oder Gehaltsempfänger die Steuerbelastung bei einem Einkommen von jährlich 20 000 Mark bzw. Frank in Deutschland 8,5 Prozent, in Frankreich 5,55 Prozent. Für einen Lohn- oder Gehaltsempfänger mit zwei unterhaltungsbedürftigen Kindern stellt sich die Belastung bei einem Einkommen von 30 000 Mark, bzw. Frank in Deutschland 10,40 Prozent, in Frankreich 4,91 Prozent. Der Unterschied ist also für Familienväter trotz der französischen Junggefallensteuer noch größer als für Unverheiratete.

Ähnlich sind die Verhältnisse bei dem Einkommen aus Handel und Gewerbe:

Ein unverheirateter Steuerpflichtiger mit 30 000 Mark, bzw. Frank Einkommen, das nur aus Handels- und Gewerbebetrieb herrührt, zahlt in Frankreich 9,7 Prozent Einkommensteuer, in Deutschland 11,6 Prozent.

Auch die Kapitalrentner sind in Deutschland weit höher mit Steuern belastet, als in Frankreich. Ein Kapitalrentner mit zwei minderjährigen unterhaltungsbedürftigen Kindern und einem jährlichen Einkommen von 30 000 Frank bzw. Mark zahlt in Frankreich 10,79 Prozent, in Deutschland 18,40 Prozent Steuern. Diese Unterschiede werden immer nur hervorgerufen, durch die Geringfügigkeit der französischen Einkommensteuer. Während die Kapitalertragssteuer in beiden Fällen gleich hoch ist, nämlich 3000 Mark bzw. Frank, muß der deutsche Rentner an Einkommensteuer 2520 M. zahlen, der französische Rentner an Einkommensteuer aber ganze Franks 238.!

Eine vergleichende Betrachtung der Verbrauchssteuern in den verschiedenen Ländern ergibt allerdings sehr mannigfaltige Unterschiede in der Besteuerung. So hat z. B. Deutschland, im Gegensatz zu Frankreich und England, eine Kohlensteuer eingeführt, die für 1922 pro Kopf der Bevölkerung 169,16 Mark jährlich betragen wird. Die Belastung des Tabakverbrauches beträgt in Deutschland 1921 pro Kopf 64,88 Mark jährlich; in Frankreich dagegen infolge des Tabakmonopols 24,13 Franks und in England 1 Pfund 6 Schilling 7 Pence. Anders allerdings liegen die Verhältnisse bei der steuerlichen Belastung des Wein- und Branntwein-Verbrauchs, sowie der Zigarettensteuer. Die steuerliche Belastung für diese Verbrauchsgegenstände war bisher in den Ländern der Entente wesentlich höher als bei uns. Angesichts der Verteilung der gesamten steuerlichen Lasten aber charakterisiert es sich als eine schiefe Darstellung, wenn ein Mitglied der Entente wie Frankreich, erklärt, daß es zur Herstellung des Gleichgewichtes in seinem Staatshaushalte der deutschen Reparationszahlungen bedürfe. Frankreich verfügt offenbar noch über sehr ergiebige unausgeschöpfte Steuerquellen, die es zur Befreiung des Fehlbetrages in seinem Staatshaushalte heranziehen könnte. Bevor also Frankreich eine Erhöhung der Steuern in Deutschland erfordert, sollte es erst einmal die steuerliche Belastung des Einkommens bei sich auf dieselbe Höhe bringen wie in Deutschland. Frankreich bezieht in dem Ausbau seiner Einkommensteuer, gegen den sich das französische Rentnervolk nun sehr mit allen Kräften gestraut hat, unzweifelhaft ein Mittel, um seine Finanzen in hohem Maße zu verbessern.

Und noch ein weiteres Mittel besitzt Frankreich, um seine Staatsfinanzen ins Gleichgewicht zu bringen; das ist die Abrüstung, die Verminderung seines 850 000 Mann betragenden stehenden Heeres, das Frankreich unterhält, obwohl es angesichts der völligen militärischen Beherrschung Deutschlands von keiner Seite irgendwie bedroht wird.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein-Castellberg, 9. Januar 1922.

Ein Wintertag von seltener Schönheit war gestern dem Erzgebirge beschieden, er lud nicht nur zu Spaziergängen in Wald und Flur, sondern gab auch viel Anreiz zu Nobel- und Skisport, der denn auch alle seine Rängen und Jägerinnen auf die Beine brachte. Nach den höheren Lagen unleser Gebirges war der der Zug der Sportfreunde außerordentlich groß, darüber berichtet eine Notiz unter „Oberwiesenthal“. Gestern abend lehte wieder milde Witterung ein, die heute noch andauert.

Eine beachtliche Entscheidung zum Impfwesen. Der Versuch einer Polizeibehörde, die Impfung eines Kindes zu erzwingen, hat die Kreisbauernschaft Zwidau bemerkenswerterweise für ungesetzlich erklärt. Der Stadtrat von Auerbach i. V. hatte die unangenehme Vorführung einem Realchüler, dem Sohne eines Landwirts, angedroht. Hiergegen erhob der Vater des Schülers Beschwerde, die von der Kreisbauernschaft als beachtlich befunden worden ist, weil weder das Impfgesetz, noch ein anderes Reichs- oder Landesgesetz die Impfung bis zur Anwendung körperlicher Gewalt vorseht.

Kabinele Erhöhung in Sicht. Die beteiligten Reichsressorts haben dem vom Reichsverkehrsminister Erömer unterbreiteten Reichseisenbahnen-Finanzgesetz zugestimmt. Der Entwurf sieht das Ausschleiden der Eisenbahnen aus dem allgemeinen Reichetat schon zum 1. April vor. Da an diesem Tage der Fehlbetrag der Eisenbahnen durch eigene Einnahmen zu decken

ist, so ist mit dem 1. April 1922 die für 1. B. wie vorgelesen, werden, um die zu können.

Die Maßnahme der Gewerkschaften, die den und Sonderfrage der Belegung der Gewerkschaften 1921 vom Arbeiter genommen. Das gegen den Inbal Form ihres Erla Nachdem erst Kurstern über die weisung an die Gewerkschaften und Ueberforderung in weite Kreise der wäre es nach U des Ministeriums in das Wirtschafts Erlaß den Kamm zulegen. Hierauf den Bestimmungen des Handels- und verständliche Orga und Gewerbe be bienen und bei werden sollen. Er nicht gefahren. Ordnungen möglic wegen, weil die t amier mit Perfo gung Kenntnisse auf nichts anderes werkschaftsbeamten zu einer Politizie einer von partei lung ihrer Aufgab was werden sich der Arbeitnehmer häufigen Wechsls leben getragene wünschenswerten len verantwortung gebildeten Person Weise ein Einrück gemacht wird, küm Dadurch würde vi Sicht sehr stark be der Industrie hea rung der Rechte eine Schädigung Maßnahmen des können muß das ten der Gewerbe beiebt werden, die nischen Vorbildu der Gewerbeauffi Gegen jene Ver schärfte Bewahr

Chemie. (E abend eins der Str. 40 in den o am Grundstücke fene Berufsfeuer die Betriebsräum ten Obergeschosse, nen, Feuer vor, mehreren Schlaud verförbaren Inha tere Jäger der w wurden und weis aufgen gegen die sich das Feuer in

Das Gef. Xrimin 9. „Antwortete „Mein. Wei gerer Zeit, denn Er teilte mir h anberte ich natürl sofort an ihn de sich aufhält.“ „Run?“ „Ich habe n dem Abend hier „Werden Sie „Selbstverfü habe, das Gefch „Barum ha Damen sind ja Geschäfte zu führe

„O, bitte, u ungewandelt, wie nur darum, Gro Kohlenbergwerk Das will he näm Briefe sind datu keinen bestimmten und Tante Parki bezaaten. Er lie zwammengespäht, wäiden gefomme nun etwas peimid „Natürlich. „Und sie ih

„Wie ich besti das Reile.“ „Bündemann f

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

„Es ist die G

in Deutschland

Entente.

Deutschland, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente...

Deutschland, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente...

Deutschland, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente...

Deutschland, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente...

Deutschland, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente...

Deutschland, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente...

Deutschland, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente...

Deutschland, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente...

Deutschland, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente...

Deutschland, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente, die im Vergleich zu den anderen Nationen der Entente...

ist, so ist mit einer neuen tabularen Erhöhung aller Tarife zum 1. April zu rechnen. — Außerdem verläuft bereits, daß die für 1. Februar geplante Erhöhung der Tarife, nicht wie vorgesehen, 75 Prozent, sondern 100 Prozent betragen werden, um die Kosten der neuen Besoldungserhöhung decken zu können.

Die sächsischen Handelskammern zur Vollstreckung der Gewerbeaufsicht.

Auf der letzten Zusammenkunft ihrer Vorsitzenden und Syndici haben die sächsischen Handelskammern zur Frage der Besetzung leitender Stellen der Gewerbeaufsicht mit Gewerkschaftsbeamten und zu den dazu untern 12. Oktober 1921 vom Arbeitsministerium erlassenen Bestimmungen Stellung genommen. Volle Einmütigkeit herrschte darüber, daß sowohl gegen den Inhalt der neuen Richtlinien als auch gegen die Form ihres Erlasses nachdrücklich Einspruch zu erheben ist. Nachdem erst kurz vorher seitens des sächsischen Arbeitsministers über die Köpfe der Arbeitgeberchaft hinweg eine Anweisung an die Gewerbeaufsichtsämter über die Mitwirkung der Gewerkschaften und Arbeitsnachweise bei der Bewilligung von Überstundenarbeit erlassen und dadurch große Beunruhigung in weite Kreise der sächsischen Unternehmerschaft getragen wurde, wäre es nach Ansicht der Handelskammern nunmehr Pflicht des Ministeriums gewesen, die geplanten, außerordentlich tief in das Wirtschaftsleben einschneidenden Bestimmungen vor ihrem Erlass den Kammern zur Prüfung und zur Begutachtung vorzulegen. Hierfür haben sie überdies ein Recht, da sie nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 4. August 1900, betr. die Handels- und Gewerkskammern, den Ministerien als kollektive Organe in allen Fragen, die Handel, Industrie und Gewerbe des ganzen Landes oder des Bezirks angehen, dienen und bei jeder wichtigen Angelegenheit dieser Art gehört werden sollen. Entgegen den bisherigen Gepflogenheiten ist dies nicht geschehen. Nur so ist der Erlass solcher einseitiger Bestimmungen möglich gewesen. Einseitig sind sie namentlich deswegen, weil die beabsichtigte Durchführung der Gewerbeaufsichtsämter mit Personen, die auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung Kenntnisse und Erfahrungen haben, letzten Endes doch auf nichts anderes hinausläuft als auf die Einstellung von Gewerkschaftsbeamten hinausläuft. Das muß aber unabweisbar zu einer Vollstreckung dieser staatlichen Stellen und damit zu einer von parteipolitischen Gesichtspunkten geleiteten Behandlung ihrer Aufgaben durch diese Beamten führen, denn zweifellos werden sich die Gewerkschaftsbeamten nur als Beauftragte der Unternehmerschaft betrachten. Wegen ihres wahrscheinlich häufigen Wechsels würde auch nur Unruhe in das Wirtschaftsleben getragen werden. Außerdem spricht der Mangel einer wissenschaftlichen Vorbildung gegen ihre Verwendung auf diesen verantwortungsvollen Stellen. Die wissenschaftlich-technisch ausgebildeten Personen werden sich, da ihnen in der vorgeschriebenen Weise ein Einrücken in jene Stellen erschwert oder unmöglich gemacht wird, künftig von dieser Laufbahn überhaupt fernhalten. Dadurch würde zweifellos die Leistungsfähigkeit der Gewerbeaufsicht sehr stark herabgemindert und damit eine Benachteiligung der Industrie herbeigeführt werden. Nicht nur eine Schmälerung der Rechte der sächsischen Arbeitgeberchaft, sondern auch eine Schädigung der Betriebe selbst werden also durch die neueste Maßnahme des Arbeitsministers veranlaßt. Unter allen Umständen muß daher gefordert werden, daß die leitenden Stellen der Gewerbeaufsicht auch künftig nur mit Persönlichkeiten besetzt werden, die vermöge einer gründlichen wissenschaftlich-technischen Vorbildung befähigt sind, die mit der Durchführung der Gewerbeaufsicht verbundenen Schwierigkeiten zu meistern. Gegen jene Bestimmungen aber müssen die Handelskammern schärfste Verwahrung einlegen.

Chemnitz. (Ein Großfeuer)

zerstörte in der Nacht zum Sonntagabend eines der Fabrikgebäude in dem Grundstück Annaberger Str. 40 in den oberen Teilen. Die 1 Uhr 55 Min. durch den am Grundstücke selbst befindlichen öffentlichen Feuermelder gerufene Berufsfeuerwehr fand im ersten Obergeschosse, in dem sich die Betriebsräume einer Tischlerei befinden, sowie in dem zweiten Obergeschosse, die verschiedenen gewerblichen Betrieben die einen, Feuer vor, das sich trotz des sofortigen Einmarschens mit mehreren Schlauchleitungen an dem isolierten Holzwerk und dem aerisierbaren Inhalt rasch ausbreitete. Obwohl unversichtlich weitere Jäger der Feuerwehr durch den Meldefernsprecher gerufen wurden und weiter über das Treppenhaus und Leitern von außen gegen die sich ausbreitenden Flammen vorgingen, pflanzte sich das Feuer in dem nicht zugänglichen, niedrigen, ausgetrock-

neten und flachen Dachboden noch weiter über das Gebäude fort. Gegen 3 Uhr gelang es mit mehreren starken und einer größeren Zahl normalen Schlauchleitungen das Feuer einzugrenzen und im großen Ganzen zu unterdrücken. Die Ablösung des schwelenden Feuers innerhalb der schwer zugänglichen Gebäudeteile und die Verfolgung in seine Schlußwinkel, sowie die zu diesen Arbeiten nötige Bekämpfung der Brandstelle hielten die Feuerwehr, zu der sich in den ersten Morgenstunden auch die freiwillige Reservefeuerwehr gekellert hatte, bis spät in die Vormittagsstunden hinein auf der Brandstelle fest. Der Gebäudewert der Feuer Schäden an beweglicher Habe sind erheblich.

Dahlen. (Zu Tode verunglückt)

ist beim Holzholen der 18 jährige landwirtschaftliche Arbeiter Wagner. Er war auf einem dünnen Ast abgubraden, dabei ist er abgestürzt und zog sich einen doppelten Schädelbruch zu, an dessen Folgen er verstarb.

Leipzig. (Die enttäuschten Siedler.)

Mit einem Kostenaufwand von über sechs Millionen Mark hatten die Stadtverordneten im Jahre 1919 der Errichtung von 227 Wohnhäusern in der Siedlung Modau zugestimmt. Der Bau wurde energisch betrieben, da der Bedarf an Wohnungen sehr groß ist. Waren doch am 1. April 1921 beim häßlichen Wohnungsnotstand rund 9500 wohnungslustige Familien vorgemerkelt, am 1. Oktober betrug diese Zahl schon 11700, wovon über 4000 so notdürftig untergebracht waren, daß ihnen baldigst eine Wohnung zugewiesen werden mußte. Im Herbst des vorigen Jahres waren die ersten Siedler ein, sie freuten sich über ihr kleines Häuschen, da viele in schlechten Mietwohnungen gehaust hatten. Die Enttäuschung in der Siedlung ist aber jetzt sehr groß. Mit zunehmender Kälte stellen sich mehr und mehr Baufehler heraus. Türen und Fenster schließen nicht, man kann durch einen Spalt ins Freie sehen. Nach der Regenperiode und dem Ralteeinbruch frost die Stubentür, die zugleich Saustür ist, am Treppenvorlauf an. Da alle Fenster nach außen führen, zerbrechen beim Öffnen viele Scheiben. Die Wände sind so dünn, daß jedes Gespräch aus den Nachbarhäusern zu hören ist. Da in der ganzen Siedlung keine Straßen angelegt worden sind, gleicht jeder Fußweg einem Schlamm-See. Mit Wagen kann man überhaupt nur unter der allergrößten Anstrengung heransfahren, Kartoffeln und Kohlen müssen entweder durch die Stube oder durch die Küche in den Keller gebracht werden. Laternen wurden erst in der Siedlung angebracht, nachdem ein Kind von einem Treppenschub abgestürzt war. Die Siedler verlangten vom Rat die Anbringung eines Vorbaues an den Säulern. Der Rat lehnte jedoch ab, weil kein Geld vorhanden sei. Wollene und strohgeflochtene Decken bilden in den Säulern nunmehr die Kälteabwehr. Die Siedler sind durch die großen Baufehler sehr enttäuscht und auch die Steuerzahler, da viele die Kosten für die unzumutbaren Bauten tragen müssen, umso mehr, da die notwendigen Reparaturen wiederum Tausende von Mark verschlingen werden.

Rittweide. (Der Protest der Studierenden des Technikums)

gegen die neue Fremdensteuer hat Erfolg gehabt. In der Stadtverordnetenversammlung wurde mitgeteilt, daß die kürzlich beschlossene Fremdensteuer, wonach ein jeder Student täglich 1 Mark Fremdensteuer zahlen sollte, zurückgezogen worden ist. Um den Ausfall der durch die Aufhebung der Fremdensteuer entstandenen Einnahmen zu decken, wird die städtische Gewerbesteuer um 50 Prozent erhöht. Man rechnet mit einer Einnahme von 800 000 Mark. Fernerhin wurde beschlossen, auf die Vandes-gewerbesteuer einen Zuschlag von 25 Prozent zu erheben.

Oberwiesenthal. (Im Zeichen des Winterports.)

Einen großen Tag hatte gestern Oberwiesenthal. Was man hier zu sehen bekam, übertraf alle Erwartungen. Von den frühesten Morgenstunden an ließ der Strom der auswärtigen Gäste nicht nach, die Sotels waren längst überfüllt, als die Nachfrage nach Übernachtungsmöglichkeiten ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hatte. Die berühmte letzte Dachlampe wurde mobilgemacht und dient als Schlafsalon. Nicht weniger als 3000 Gäste haben die Nacht in Oberwiesenthal zugebracht. Der Gesamtverkehr an diesen beiden Tagen überschreitet nach ganz vorsichtigen Schätzungen reichlich 10 000. Von den Besuchern waren sehr viele im Schlitzen angekommen, deren Zahl unabsehbar war. Am Sonntagabend herrschte noch ein riesenhafter Betrieb in und um Oberwiesenthal, da die meisten Gäste keine Abreisegelegenheit mehr haben. Alle beteiligten Kreise sind von dem Verlauf der beiden letzten idealen Wintertage begeistert. Es herrscht allgemein die übereinstimmende Auffassung, daß ein derartiger Fremdenverkehr über-

haupt noch nicht da war, selbst nicht bei dem großen Silberbandfest im Jahre 1911.

Wurzen. (Zur Stilllegung der Leppichfabrik.)

Die 500 Mann starke streikende Arbeiterchaft der Wurzener Leppichfabrik in Wurzen bei Leipzig versuchte dieser Tage erneut, Barrentransporte aus der Sipo-Kaserne, wo die Barrikade lagern, nach dem Bahnhof zu verhindern. Auf Ersuchen des Stadtrates sicherten Sipo-Mannschaften den Transport mit scharfgeklebten Gewehren. Im Anschluß hieran fand eine Berkämpfung der Streikenden statt, die beschloß, wegen des Streiks und der erfolgten Stilllegung der Fabrik bis zum 1. April beim sächsischen Arbeitsministerium vorstellig zu werden, ebenso wegen Verzögerung der Sipo. Vermittlungsversuche des Stadtrates und des Kreishauptmanns scheiterten an dem Widerstande des Fabrikleiters, der den Streik nicht als Lohnbewegung, sondern als politische Aktion ansieht, die den Zweck hat, einen den Arbeitern mißliebigen Betriebsleiter zu entfernen.

Gerichtssaal.

Dresden. (Wieder ein Konzernprozeß.)

Vor dem Dresdner Landgericht hatte sich der frühere Postausbeifer und letztere Produkthändler Franke, der im Sommer vorigen Jahres unter dem Namen „Dresdener Sportinstitut Grunewald Franke & Co.“ einen Konzern aufgemacht und den Einlegern 200 Prozent Vergütung versprochen hatte. Nach Anlage soll Franke die Einzahlung um über 170 000 Mark betrogen haben. Franke ist in seinem Prospekt viel von seinen guten Beziehungen zu Jockys gesprochen und in der Verhandlung mußte er zugeben, daß diese guten Beziehungen sich darauf beschränkt haben, daß er wiederholt Gelegenheit hatte, neben oder in der Nähe von Jockys zu sitzen. Er versuchte den Zusammenbruch seines Konzerns auf Mangelhaftigkeit von Buchmachern zurückzuführen. Franke wurde wegen Betrugs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte in seiner Anklage u. a. ausgeführt, daß wohl mancher der Einleger kein Mittel verdiene, daß aber andererseits sehr viele Leute durch die schwindelhaften Angaben der Konzerne in der bittersten Not um ihre letzten Barmittel gekommen seien.

Berteidigungsreden sächsischer Minister.

Es. In der „Sächsischen Staatszeitung“ erscheint jetzt unter der Ueberschrift „Ein Jahr sächsischer Politik“ eine Artikelreihe in der reichenschaftliche Berichte über die Arbeit der einzelnen sächsischen Ministerien gegeben wird. Die Artikel rühren von den Ministern selbst her und erscheinen wie geschriebene Berteidigungsreden, in denen für missliche Umstände plädiert wird. Wir haben uns nun an eine Reihe namhafter sächsischer Politiker gewandt und werden nun aus deren Federn Artikel bringen in denen dargelegt wird, wie die Jahresarbeit von sächsischen Ministern von Leuten beurteilt wird, die außerhalb der sozialistischen Parteien stehen und ihr Urteil unabhängig von dem Zwange sozialistischer Dogmatik bilden können.

Wir beginnen heute mit der Antwort eines führenden sächsischen Juristen auf den Artikel des Justizministeriums, in der folgendes ausgeführt wird: Zum Bericht der „Staatszeitung“ über die Tätigkeit des Justizministeriums ist zunächst zu bemerken, daß der jetzige Justizminister erst seit dem 1. August 1921 amtiert.

Von seinem Vorgänger Dr. Harasch erlanten aber auch die bürgerlichen Parteien an, daß er wirklich auf dem Boden der Reichsverfassung stand, nämlich als Beamter sich als Diener des ganzen Volkes, nicht einer einzelnen Partei fühlte.

Abgesehen von verschwindenden Ausnahmen fühlte man unter ihm, daß er bei Ernennung von Beamten auf die Parteigehrigkeit kein Gewicht legte, sondern auf die sachliche Einigung des Vetreffenden. Im übrigen ist ja die Rechtsprechung unabhängig von der Regierung, die auf dem Gebiete der Justiz neben den allerdings wichtigen Personensagen und der Vorbereitung neuer Gesetze eine zwar sehr mühsame und arbeitsreiche, aber doch mehr formale Verwaltungstätigkeit ausüben kann.

Das Geheimnis von Dubshinka.

Ariminalroman von Erich Ebenstein. Nachdruck verboten.

„Antwortete sie Ihnen?“
„Nein. Mein Schwager antwortete auch erst nach längerer Zeit, denn der Brief mußte ihm nachgeschickt werden. Er teilte mir kurz mit, daß Grace in Kairo sei. Darauf antwortete ich natürlich sofort meine Reiseroute. Nun habe ich sofort an ihn depeschiert und angefragt, wo Grace momentan sich aufhält.“
„Nun?“
„Ich habe noch keine Nachricht. Sie kann auch kaum vor dem Abend hier sein.“
„Werden Sie Ihrer Schwester dann nachreisen?“
„Selbstverständlich. Ich muß doch, da ich es übernommen habe, das Geschäftliche zu ordnen.“
„Warum hat Ihr Verwandter Sie da nicht begleitet? Damen sind ja sonst im allgemeinen nicht so sehr geeignet, Geschäfte zu führen!“ lächelte Lindemann.
„O, bitte, wir Amerikanerinnen sind darin doch nicht so unbehindert, wie ihre Damen hier! Uebrigens handelt es sich nur darum, Grace auszureisen, daß sie ihr Geld aus dem Kohlenbergwerk nimmt, wo es sehr vorteilhaft angelegt ist. Das will sie nämlich. Und daß Allan nicht persönlich kam — Briefe sind darüber schon genug gewechselt worden — hat keinen bestimmten Grund. Es war nämlich früher stets Mamas und Lante Parkinsons Lieblingsplan, Grace mit Allan zu verheiraten. Er liebte sie sehr, und sie hätten sicher vorzüglich zusammengepaßt, wenn —“
„Kochschinken eben nicht dazwischen gekommen wäre! Aber — Sie begreifen, daß es Allan nun etwas peinlich wäre —“
„Natürlich. Ich verstehe. Wenn er sie geliebt hat —“
„Und sie ihm bis heute noch nicht gleichgültig geworden ist, wie ich bestimmt glaube! Darum erbot ich mich ja zu dem Reize.“
Lindemann sah nachdenklich vor sich hin. Harriet glaubte nicht, daß die Gräfin ihre Depesche gar nicht erhalten habe. Sollte er sie vom Geheimnis überzeugen? Nein, lieber nicht.

Es hätte die Entfremdung zwischen den Schwestern nur steigern müssen. Immerhin sagte er, vorläufig laibierend:
„Wäre es nicht möglich, daß die Gräfin absichtlich abreiste, um geschäftlichen Auseinandersetzungen auszuweichen?“
„Das ist völlig ausgeschlossen. Sie kennen Grace nicht, wenn Sie das annehmen. Sie wäre viel zu stolz dazu, etwas, das sie will, nicht auch ehrlich zu vertreten. Auch weiß sie, daß niemand sie zwingen kann oder will. Es handelt sich nur um freundschaftliche Vorstellungen und die Klärung ihres eigenen Vorteils.“
„Würden Sie so freundlich sein, Miß Morgan, mir den Aufenthaltsort Ihrer Schwester mitzuteilen, wenn Sie ihm willen?“
„Mit Vergnügen. Wollen Sie dann auch hin?“
„Vielleicht.“
„Sie blinnte einen Augenblick forschend in seine ernsten Züge. Da lächelte er plötzlich.
„Es ist gar kein Geheimnis dabei, Miß Morgan! Ihre Schwester hat ein Wesen bei sich, das ich nicht gern aus den Augen verlieren möchte.“
„Ach so. Nun, Sie können sich darauf verlassen, daß ich Ihnen Nachricht sende!“

Am Abend des nächsten Tages erhielt Peter Lindemann ein Billet von Miß Morgan. Sie teilte ihm mit, daß ihre Schwester in Neapel sei und sie selbst im Begriff stehe, dahin abzureisen.
Bereits am Morgen lag auch sein Gepäck wohlverpackt im Eisenbahnzug, während er fröhlich der blauen See entgegenblickte, die ihn an Italiens Küste tragen sollte.
Neapel kannte er von seiner Studienzeit her wie seine Tante. Die Gräfin sollte im Hotel d'Alitalia logieren. Lindemann nahm sich ganz in der Nähe in einem Privathaus zwei Zimmer, von deren Fenstern aus man den Platz vor dem Hotel überblicken konnte.
Eine Weile strich er beobachtend um das Hotel herum, suchte mit den Augen alle Fenster ab, konnte aber von Helena keine Spur entdecken, und wandte sich endlich dem Hafen zu. Vielleicht gab es wieder einen glücklichen Zufall, der sie ihm in den Weg führte.

Heber dem Belva lag wie immer eine düstere Rauchwolke. Das Meer war tiefblau und ruhig.
Lindemann hatte sich eine Zigarette angezündet, lehnte an einem Laternenpfahl und blickte zerkent in die Ferne.
Nüchlich erreichte eine Annäherung von Menschen außerhalb des Hafens zwischen den Lagerhäusern keine Aufmerksamkeit. Alles strömte dorthin. Man hörte lautes Gelächern und Rufen nach der Polizei, deren Beamte auch alsbald erschienen.
Wahrscheinlich hat es ein Unglück dort gegeben, dachte der Maler. Da schlugen Worte an sein Ohr, die ihn lächeln ließen Gleichgültigkeit triffen.
„So jung noch!“ jammerte ein altes Weib. „Und das schöne, blonde Haar! Ob sie wohl zufällig hineingefallen, oder ermordet wurde?“
„Es soll eine Fremde sein — —“
„Wehr hätte Lindemann nicht.
„Eine Fremde? Jung? Blondes Haar?“
Seine ausschließlich mit Helena behaftete Phantasie malte ihm ein furchtbares Schreckbild vor. Wie wahrhaftig hätte er den Venen nach und patte den ersten besten Schuhmann an der Brüstung.
„Was ist geschehen?“
„Man hat toeben den Leichnam einer jungen Frauensperson aus dem Wasser gezogen, mein Herr. Sie ist ertrunken worden. Wahrscheinlich hat man sie dann irgendwo ins Meer geworfen und die Wellen spülten sie hier ans Land.“
„Weiß man, wer sie ist?“
„Nein. Aber man wird es wohl bald herausbekommen.“
„Kann ich die Tote sehen?“
„Gewiß. Vermischen Sie jemand?“
„Nein — das nicht — aber —“
„Hier bringt man sie, mein Herr. Wollen Sie näher treten, bitte. Platz da, Leute!“
Er stieg ein paar allzu keuchergige Stufen und schob Lindemann bis dicht vor die Tragbahre, deren Träger vor ihm schallten.
„So, bitte. Wenn Sie die Tote vielleicht erkennen können...“

(Fortsetzung folgt.)

Lid

Erliche Bezugnahme.

Bücherschau.

Dr. Seiber, Dem Weltuntergang entgegen. Gründe für den Eintritt des Endes der Zeiten im 20. Jahrhundert nebst einigen sehr bösen Bemerkungen über das Verhältnis zwischen Bibeldogmen und moderner Wissenschaft, sowie einem tröstlichen Ausblick auf die nähere Zukunft Deutschlands. Druck und Verlag von Franz Borgmeyer, Hildesheim, 132 Seiten. Preis 12.— Mark. Dieses Buch enthält eine Fülle von eigenartigen Tatsachen und merkwürdigen Prophezeiungen, die dafür sprechen, daß wir den biblischen Weltuntergang spätestens mit Ausgang dieses Jahrhunderts zu erwarten haben, ja, daß wir wahrscheinlich selbst noch Zeugen wenigstens der Vorbereitungen des Weltendes sein werden. Der Verfasser, der seine Gründe für die Wahrscheinlichkeit des bald zu erwartenden Endes der Zeiten natürlich im wesentlichen aus dem Gebiete der Religion und Religionswissenschaft schöpfen konnte, legt unter Hinweis auf zahlreiche Beispiele aus den verschiedensten Gebieten des Wissens in überzeugender Weise dar, daß die Wissenschaft und besonders die moderne voraussetzungslose Wissenschaft mit ihren zahllosen Irrtümern und Trugschlüssen selbst auf den allerwichtigsten Gebieten nicht berufen ist, die Wahrheit der göttlichen Offenbarung in Frage zu stellen. Die ungeheure Schärfe, mit der der Verfasser mit den Irrungen und Wirrungen der Wissenschaft abrechnet, die Ausführung der Unvergleichlichkeit der Sintflut, die Geheimnisse der Cheopspyramide, die hohe Kultur der Maya, die Einsteinsche Relativitätstheorie, das hinter uns liegende 1000-jährige Reich, die friedliche Herrschaft Deutschlands kurz vor dem Erscheinen des Antichrist und viele andere lebenswerte Dinge aus den verschiedensten Gebieten des Wissens, machen das Büchlein unbestritten zu einer der interessantesten Neuerscheinungen auf dem Gebiete des Büchermarktes. Einem Leben, der sich für dieses Gebiet interessiert, sei dieses Büchlein zur Anschaffung empfohlen.

Luzige Gabe.

„Kennst du den Herrn, der aus eben grüßte?“ — „Wenn ich mich nicht irre, ist es der Geheimrat Rehnhardt, und wenn ich mich irre, ist es der Schlächter Krause.“

„Herr Rat, ich sah sie gestern mit Ihren drei Töchtern, ich muß sagen: die reinen Engel.“ — „Was tue ich damit, lieber Freund, wenn kein Teufel sie nimmt.“

Chef zum Kommiss: „Das nennen Sie einen Mahndbrief? Da fehlt zum Schluß nur noch „mit Gruß und Kuß“, und es ist ein Liebesbrief.“

Anders überlegt: „Sie sind ein netter Wetterprophet. Sie sagten doch gestern, es würde heute regnen?“ — „Ich habe es mir inzwischen anders überlegt.“

„Glauben Sie, daß meine Tochter Talent zur Opernsängerin hat?“ — „Die Einbildung hat sie, es fehlt ihr nur die Ausbildung.“



Eisenbahnfahrplan.

Gültig ab 26. Oktober 1921.

Ab Lichtenstein - Callenberg nach St. Egidien:	4,50	7,07
10,52	12,34	3,03 6,44 9,52
Ab Lichtenstein - Callenberg nach Stollberg:	5,26	8,06
11,48	1,19 4,25 6,46	8,06 8,06 11,08
Ab St. Egidien nach Zwickau-Reichenbach:	5,04	7,21
9,58	11,11 12,51	2,23 nur Sonnabend, 3,46 5,39 7,33 10,51
Ab St. Egidien nach Chemnitz-Dresden:	5,11	7,26
7,53	9,49 12,20	1,03 3,44 6,24 7,50 10,20
Ab Glauchau nach Leipzig:	5,28	7,16 10,26
4,16	6,24 8,35	
Ab Leipzig nach Glauchau:	4,28	6,59 9,47 12,37
3,36	7,50 10,29	

Dieses B...

Druck u. Verlag

Nr. 8

Die Anmel...

den Kinder ist...

im Direktorial...

Schulpflicht...

das 6. Lebensj...

solche werden...

vollenden. Au...

Krankheit ober...

ich nicht ein...

Kinder der 3...

außerdem eine...

Ordnungsgemä...

Die Anmel...

Hohndorf,

Freitag, de...

sol im Hofe de...

12 Jahre alte...

Bargahlung ver...

Lichtenstein

Der Ger...

Kurze

* Wie das...

Regierung Berh...

gebung einer gro...

* Die „König...

Mitte März wer...

lungen der ameri...

ten zurübeförder...

den Kriegsbebau...

Bejahungstruppe...

* Die Einle...

in der Pariser...

* Giltgale af...

ferenz als ungel...

tanniens. Franze...

nischen Vordrill...

Aus Wien...

lung der Großb...

Wana ist die Ste...

* In Irland...

daß man von ei...

und England los...

* An die 9...

Bermutungen ein...

geknüpft.

* Infolge d...

hat die italieni...

Wirtschaftsdelegat...

in Genua stattfin...

Wien, 8...

nabersammlung...

destanzler Sch...

Parlamentsberic...

äußern. Diese G...

fertigung, die...

ehe Kergernis...

auch in Deutsch...

Bedingungen in...

selbst kam es ja...

insofern die Gr...

heit ausprüng...

trag durchgeführ...

etwas abgeflaut

die man in der Neujahresnacht erlebt, in der Geschichte der Stadt ohnegleichen sind. Namentlich im östlichen Newyork gehörten die Schieberer und die Gewalttätigkeiten, deren sich im Banne der Trunkenheit stehende Kadaverbrüder schuldig machten, zu der Tagesordnung oder richtiger gesagt, zur Nachordnung. Nicht weniger als 25 Todesfälle infolge akuter Alkoholvergiftung sind in der Silvesternacht zur Feststellung gelangt. Selbst am Broadway und in der vornehmen Fifth Avenue durchzogen Banden von Trunkenbolden lachend und grölend die Straßen und spielten harmlosen Passanten über mit, wobei sie nur zu oft die Gelegenheit wahrnahmen, sie gründlich auszuplündern. Die Banden haben mehrere Restaurants mit Beschlag belegt, die sie als Schauplatz ihrer Orgien benutzten, und dem gleichen Zweck dienten auch die an den Straßen haltenden Automobile. In den vornehmen Klubs sah man Frauen und blutjunge Mädchen betrunken und in schamloser Weise tanzen. Auch die öffentlichen Gebäude dienten dem Mob als Tummelplatz skandalöser Vergnügenslust. Wie machtlos die Behörde diesem Skandal gegenüberstand, dafür erbringt die Tatsache Beweis, daß man in Duzenden von Straßen um Mitternacht die Fenster aufriß und ein Bombardement mit geleerten Whiskyflaschen auf die untenstehenden Häuser des Geseges eröffnete.

† **Opfermord eines Kindes.** Aus Aisch in Böhmen wird berichtet: Das sechsjährige Mädchen Frieda Weisengel, Kind eines Eisenbrechers, goß Soliris in's Feuer. Dabei lösten seine Kleider Feuer. Rasch schob es sein längeres Schwefkerchen unter das Bett und stellte noch Stühle davor, um es vor den Flammen zu schützen. Das ältere Kind wurde sofort mit völlig verbrannten Kleidern und schweren Brandwunden auf dem nackten Leib von der brüllenden Mutter aufgefunden. Sterbend konnte es noch erzählen, was geschehen war.

† **Zahlreiche Todesopfer der Grippe.** In Karlsruhe sind vom 6. November bis 31. Dezember 348 Personen an Grippe und Lungenentzündung gestorben. In Groß-Stuttgart ist die Zahl der Todesfälle an Grippe, die Mitte Dezember wöchentlich etwa 30 betrug, auf über 100 in der Woche angestiegen.

† **Brandstiftung aus politischen Motiven.** In Hoheneggen (Braunschweig) ist die große Scheune des Rittergutes Krosigk mit Getreide im Werte von ungefähr 600000 Mk. niederabgebrannt. Als Brandstifter wurde ein Kommunist verhaftet, der angibt, aus politischen Gründen die Scheune in Brand gesteckt zu haben.

† **Ein sonderbares Testament.** Dem schwedischen Reichsnotar Selland vermachte der verstorbene Freiherr Jacob Ederström ein Rezept für die Zubereitung geistlicher Gerichte aus Giftstoffen. Die Schule erhielt als Legat ein Bilskarte. Die pietätlosen Kommunalvertreter haben beschlossen, das Testament zu den Akten zu legen.

† **Von einer Lawine überrascht.** Wie die Blätter aus Innsbruck melden, ist eine aus neun Personen bestehende Skiläufergesellschaft im Gebirge von einer Lawine überrascht worden. Stublenrat Dr. Luz aus Ebingen in Württemberg und Fabrikant Sommer aus Ravensburg in Württemberg fanden den Tod. Ihre Gefährten konnten sich retten. Bei dem am nächsten Tage mit einer Expeditions unternehmen Rettungsvorhaben ging abermals eine Lawine nieder, durch welche Professor Hähle aus Ravensburg und Architekt Vogel aus Friedrichshafen, die am Vortage verschüttet worden waren, aber gerettet werden konnten, unter den Schneemassen begraben wurden. Trotz aller Anstrengungen einer 30 Mann starken Rettungsexpedition konnten die vier Verschütteten noch nicht aufgefunden werden. Seit Freitag, den 30. Dezember, werden zwei jüngere Skiläufer aus Ravensburg, die eine Partie unternehmen hatten, vermisst.

† **Papiergeldregen.** Umherfliegende Geldscheine machten auf dem Markt in Haagen großes Hallo. Ein Windstoß durchstrafte die Marktsände, warf die Geldkassette um und entführte in totem Wirbel die darin enthaltenen Geldscheine, nach denen die Besitzer und die Marktbesucher Jagd machten. Ein Teil der Scheine war in die Wolme geflogen, aus der sie von der Jugend vergnügt aufgepickt wurden.

So ist auch das, was in dem Bericht steht, von Kleinigkeiten abgesehen, nur eine Fortsetzung des Werkes, das im Reichlichen Justizministerium von vorzüglichst geschulten, ausgewählten Juristen und den besten mittleren Beamten in steter langer Arbeit seit Jahrzehnten verrichtet wird. Niemand wurde ins Justizministerium berufen, der sich nicht in der Praxis als besonders tüchtig bewährt hatte. Auf seine Parteistellung war niemals geachtet worden. Keine Zentralbehörde stand in Sachsen der Politik so fern wie das Justizministerium.

Der jetzige Minister des Justizministeriums, der anheimend bei seiner Berufung von keinen Auftraggebern ein imperatives Mandat übernahm, hat bei Ernennungen Wege eingeschlagen, die zum Schaden der Justiz führen. Obwohl sämtliche Ministerialdirektoren auf Vorschlag seines Vorgängers Dr. Harnisch von der sozialdemokratischen Regierung selbst ernannt sind, stellte er den einen kalt, indem er ihm die Gnadenachsen nahm. Langjährige Hilfsarbeiter, die die Anwartschaft auf freierwerbende Stellen als Ministerialräte redlich sich erworben hatten, wurden übergangen und Herren berufen, die dem neuen Minister entweder politisch oder doch persönlich nahe standen. Ein Kandidat, der zwei leichte Prüfungen nicht bestanden, aber Sozialdemokrat war, wurde für die Berufung Dr. Zeigners zum Minister mitgewirkt hatte, wurde unter einem noch nicht dagewesenen Sprung über mehrere Beamtengruppen hinweg als Justizmann ins Ministerium berufen, weil „die unteren Beamten ihn dort als Vertrauensmann wünschten.“ Dagegen wurde zum Personalreferenten für die Richter ausgesprochen ein Mann bestimmt, der durch eine geschmacklose Huldbildung von dem neuen Minister sich das Vertrauen der Richter verschert hatte und vom Richterverein ausdrücklich als ein Herr bezeichnet war, dem er kein Vertrauen für eine solche Stellung entgegenbringen könne. Gegenüber der Verächtlichmachung und der maßlosen Herabsetzung der Justiz in der linksstehenden Presse und auch im Landtage hat er es an einer energischen Abwehr völlig fehlen lassen. Im Bereiche der Staatsanwaltschaft griff er in mehreren Fällen in einer Weise ein, die die Grenzen des Gesetzes um mindestens streifte und vermuten ließ, daß er im parteipolitischen Interesse ein bestimmtes Ergebnis von Untersuchungen herbeiwünschte.

So ist denn das, was von der Tätigkeit der Justiz auf das Konto Dr. Zeigners zu sehen ist, kein Fortschritt, sondern als ein Rückschlag anzusehen in längst vergangene Zeiten, als die Justiz noch ein politisches Kampfmittel der Regierung war.

Vermischtes.

† **Die „Brummochsen.“** Der Dorfschmied in Wohlmutshausen (Röhm) hatte in einer Zehnrunde die Behauptung aufgestellt, daß die Hälfte des Gemeinderats aus „Brummochsen“ bestände. Die Empörung die daraufhin im Gemeinderat entstand, war, nach dem Senner „Bolk“, allgemein, denn entgegen der Annahme, daß sich niemand aus dem Gemeinderat zu der Hälfte der Brummochsen rechnen würde, zählten sich erkannlicherweise alle Gemeinderatsmitglieder zu den Beleidigten. Nun wurde hin und her verhandelt, bis schließlich ein gerade anwesender Vertreter der Thüringer Regierung den Streit zu schlichten versuchte. Als der Regierungsvorsteher den Schmied fragte, ob er die Beleidigung zurücknehmen würde, antwortete dieser: „Ja ich will es tun“, und fügte hinzu: „Die Hälfte des Gemeinderats sind keine Brummochsen!“ Der Regierungsvorsteher fragte den Gemeinderat, ob er sich mit dieser Erklärung einverstanden finden könnte — daraufhin allseitiges Kopfnicken, und nun weiß jedermann, daß kein er der Gemeinderatsmitglieder mehr zu der beleidigten Hälfte gehört.

† **Die letzte Silvesterfeier des trockengelegten Newyork.** Eine so tolle Silvesterfeier, wie sie Newyork diesmal im Zeichen der Prohibitogesetze begangen, hat man seit Menschengedenken nicht erlebt. Todesfälle durch Trunkenheit und Gewalttätigkeiten geben dieser Neujahresfeier ihr wenig anmutendes Gepräge. Während die Kontrollbehörden feststellten, daß die Feier einen ruhigen Verlauf genommen hat, und dieser Verlauf auf die günstige Wirkung des Alkoholverbotes zu sehen ist, konstatierten die Newyorker Zeitungen einstimmig, daß die wüsten Szenen,

Eintracht.

Morgen Dienstag, abend 8 Uhr Hotel Sonne

Jahreshauptversammlung

Kassenabschluss u. Neuwaag.

Anwesenheit dringend erbeten. Der Vorstand.

Löpfe werden eingestrichelt

Mühlgraben Nr. 4.

Schlichter

Dienstag

Schlachtfest

bei

R. Häbch,

Zwick. Str.

Rechnungsformulare

zu haben in der

Tageblatt-Druckerei

Kleiderschränke

in besonders schönen Ausführungen, saubere Tischlerarbeit, sofort lieferbar.

Möbelhaus Lademann

Oelsnitz

Innere Stollb. Str. 5.

Herzlichen Dank

für Ihre wunderbar wirkenden Mittel. Schon nach 7 Stunden trat der Erfolg ein.

Frauen

solche mir täglich zugehende Dankschreiben zeigen, daß meine Mittel großartig wirken. Lassen Sie sich durch marktschreierisch angepriesene Mittel nicht irreführen, sondern wenden Sie sich bei störungen

Regel- stockungen sofort direkt an mich und teilen Sie mir mit, wie lange Sie zu klagen haben.

L. Beer, Hamburg 5, Postfach.

Nachruf!

Zurückgekehrt vom Grabe unseres christlichen Bruders, des Herrn Musterschlägereibesitzers

Hermann Müller

der unserer Körperschaft fast 25 Jahre lang bis zu seinem Tode angehörte, drängt es uns, hierdurch öffentlich kund zu tun, daß uns sein Scheiden schmerzlichst berührt. Unsere Kirchgemeinde verliert in ihm einen stets treuwilligen hochachtbaren Kirchvorsteher. Sein Andenken wird uns wertvoll bleiben. Möge er vom Glauben zum Schauen hindurchgedrungen sein.

Wir aber wollen weiter zur Ehre unseres HERRN Jesu Christi wirken, solange es für uns Tag ist, nach der Weisung des HERRN: „Ich habe euch erwähnt und gesetzt, daß ihr hingehet und Frucht bringet, und eure Frucht bleibe.“ (Ev. Joh. 15, 16).

Der Kirchenvorstand

der Luthergemeinde zu L.-Callenberg.

Nachruf!

Am Donnerstag verschied unser langjähriges Mitglied

Herr Stadtrat Oscar Stiegler.

Wir verlieren in ihm einen guten Mitarbeiter, einen nermüßlichen Förderer unserer Vereinsbestrebungen, ein Mitglied von vorbildlicher Treue. In Ehren werden wir seiner stets gedenken.

Lichtenstein-Callenberg, 9. Januar 1922.

Gewerbeverein Lichtenstein-Callenberg.